

rität nicht entbehrt, die Beurteilung von *Golo Mann* bestätigt, der seinen Eindruck Mitte März in der Hamburger „Zeit“ so formulierte: „Der Versuch einer deutsch-österreichischen Heirat mußte einmal gemacht werden. Gemacht wurde er im schlechtesten Moment, in der schlechtesten Form. Und das hat einen Vorteil: Er wird sobald nicht wiederholt werden. Der zweiten österreichischen Republik ist gelungen, was der ersten nicht gelang: Sie hat ihre Identität gefunden, nach innen und nach außen. An diesem Erfolg kann das rein persönliche Ärgernis, von dem gegenwärtig so viel die Rede ist, nichts ändern.“

Österreichs eigentliche Aufgabe

Der bevorstehende Österreichbesuch von *Johannes Paul II.* im Juni, der nicht primär auf die Initiative der Bischöfe, sondern eines Laien, des Salzburger Landeshauptmannes *Wilfried Haslauer*, zurückzuführen ist, könnte diesen Prozeß österreichischer Identitätsfindung noch zusätzlich bestärken und weiterführen. Denn schon einige Monate vor dem Besuch haben sich für die Papstmesse im Burgenland mehr als 60 000 *Ungarn* angemeldet, so daß in vielleicht allzu optimistischen Schätzungen schon mit einer Teilnahme von 100 000 Besuchern des ungarischen Nachbarlandes gerechnet wird. Außerdem haben sich bereits Zehntausende *Kroaten* und *Slowenen* für den Papstbesuch in Österreich angesagt,

und es wird gehofft, daß aus diesem Anlaß die österreichisch-jugoslawische Grenze, die unmittelbar nach dem Krieg mehrere Jahre hindurch eine blutige Grenze gewesen war, zum ersten Mal seit 1945 zu einer völlig offenen Grenze wird. Auch die ungarischen Behörden haben bereits ihre volle Unterstützung zugesichert und angekündigt, daß sie alles tun werden, um den vielen Sonderzügen und zahllosen Autobussen nach Österreich jede Hilfe zu gewähren. Wo noch vor wenigen Jahren die Stacheldrahtverhau und Minenfelder des Eisernen Vorhanges jeden Kontakt verhindern sollten und im Jahr 1956 200 000 *Ungarn* nach Österreich flüchteten, wird auf diese Weise die Vision eines größeren Europa wenigstens für einige Tage Wirklichkeit, und niemand kann noch abschätzen, welche psychologischen oder auch politischen Wirkungen davon ausgehen werden.

Damit wird Österreich, das in den letzten beiden Jahren gerade in westlichen Ländern viel gescholten und manchmal auch geschmäht worden ist, durch den Besuch des Papstes auf seine eigentliche Aufgabe hingewiesen und aufmerksam gemacht: *Vermittler zwischen West und Ost* zu sein, eine Aufgabe, die gerade in diesen Wochen und Monaten, in denen der Befreiungsprozeß der osteuropäischen Völker aus der bürokratischen Herrschaft kommunistischer Machthaber in eine neue, dramatische Phase tritt, ungeahnte zusätzliche Möglichkeiten, aber auch Gefahren unbekanntem Ausmaßes mit sich bringen könnte.

Fritz Csoklich

Dem Frieden näher?

Die Lage in Mittelamerika nach den Abkommen von Esquipulas und Sapoá

Der Friedensplan von Esquipulas, im August vergangenen Jahres von fünf Präsidenten Mittelamerikas unterzeichnet, ist heute von seiner Realisierung noch weit entfernt. Er ist aber auch (noch) nicht gescheitert, und das kann in Anbetracht der hochgesteckten Ziele des Abkommens schon als Erfolg gelten. In keinem der Bürgerkriegsländer Mittelamerikas herrscht Frieden, lediglich in Nicaragua wurde eine befristete Waffenruhe vereinbart. Derweil zieht das südlichste Land des Isthmus die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf sich: die politischen Verhältnisse in Panama sind vom „starken Mann“ des Landes, dem hartnäckig um die politische Macht kämpfenden General Manuel Antonio Noriega, schwer erschüttert worden.

Der Friede in Mittelamerika, so die These des Friedensnobelpreisträgers und Präsidenten von Costa Rica, *Oscar Arias*, steht und fällt mit Nicaragua. Die meisten mittelamerikanischen Politiker teilen seine Meinung, auch in Europa – und in den direkt involvierten Vereinigten Staaten sowieso – wird dies überwiegend so gesehen. Begründet wird diese Konzentration der politischen Per-

spektiven auf Nicaragua mit dem ideologischen – pro-marxistischen – Kurs des sandinistischen Regimes, der das Machtgefüge innerhalb Mittelamerikas und auf dem amerikanischen Kontinent im ganzen verschiebe oder zumindest dazu in der Lage sei (ein „zweites Kuba“). Die beispiellose Aufrüstung Nicaraguas mit sowjetischer Hilfe und die repressive nicaraguanische Innenpolitik der letzten Jahre sind weiterhin geeignet, im Blick auf Mittelamerika vor allem Nicaragua zu fixieren.

Ausgerechnet das revolutionäre Regime Nicaraguas ging indes als erster der Unterzeichnerstaaten unverzüglich daran, die Forderungen des Friedensplans zu erfüllen – zum ungläubigen Staunen der westlichen Welt. Insbesondere die amerikanische Regierung geriet mit ihrer Politik der scharfen Konfrontation für Wochen – und eigentlich bis heute – aus dem Konzept (vgl. HK, Oktober 1987, 467 ff. und HK, Dezember 1987, 563). Neun Monate nach Esquipulas kommt auch der amerikanische Präsident nicht an der Tatsache vorbei, daß Nicaragua dem Friedensabkommen entschieden weitgehendere politische Taten hat folgen lassen als seine Nachbarländer.

Waffenstillstand und politische Zugeständnisse

„Zur Überraschung Washingtons“, wie es in den Überschriften der internationalen Presse denn auch übereinstimmend hieß, vereinbarten die sandinistische Regierung und der nicaraguanische Widerstand am 23. März im Rahmen der Friedensverhandlungen von Sapoá im Süden Nicaraguas einen *Waffenstillstand für die Dauer von 60 Tagen*, der von beiden Seiten als Durchbruch zur Beendigung des sechs Jahre dauernden Bürgerkriegs bezeichnet wurde. Genaue Zahlen über die Opfer des Kriegs in Nicaragua in den vergangenen Jahren gibt es nicht; es sind aber mehrere zehntausend.

Die Feuerpause trat am 1. April in Kraft. Weiterhin verpflichtet sich die sandinistische Regierung, die insgesamt mehr als 3000 inhaftierten „Contras“ und Mitglieder der Nationalgarde des alten Somoza-Regimes freizulassen. Die Hälfte der wegen politischen Delikte *nach* der sandinistischen Machtübernahme Inhaftierten sollten nach dem Rückzug der Contras in die inzwischen festgelegten Gebiete freigelassen werden, die zweite Hälfte wie die Nationalgardisten erst nach dem Friedensschluß.

Entgegen früherer Äußerungen machte die sandinistische Seite auch *politische Zugeständnisse*: Bis zu acht Vertreter der antisandinistischen Verbände können sich am „nationalen Dialog“ über eine demokratische Zukunft Nicaraguas beteiligen. Thema des Dialogs, so ist ausdrücklich festgehalten, wird auch das umstrittene Wehrgesetz sein. Außerdem kündigte die sandinistische Regierung allen politischen Kräften die unbehinderte Teilnahme an den noch nicht terminierten Kommunalwahlen, den von der Verfassung vorgesehenen allgemeinen Wahlen und der Wahl zum zentralamerikanischen Parlament an. Alle Exilnicaraguaner dürfen ohne Bedingungen zurückkehren; die Meinungsfreiheit soll in vollem Umfang hergestellt werden.

Während der Feuerpause dürfen die Rebellen humanitäre Hilfe nur über neutrale Organisationen erhalten (was früher der CIA besorgte). Beide Seiten akzeptierten Kardinal *Miguel Obando y Bravo* und den Generalsekretär der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) *João Baena Soares* als Kontrollinstanz. Das Abkommen wurde von dem Verhandlungsführer der sandinistischen Regierung und Verteidigungsminister *Humberto Ortega*, dem Vorstand des Dachverbandes des „nicaraguanischen Widerstandes“, sowie den Vermittlern, dem SPD-Politiker *Hans-Jürgen Wischniewski* und dem amerikanischen Anwalt *Paul Reichler*, unterzeichnet.

Unmittelbar voraus ging dieser ersten direkten Verhandlungsrunde auf nicaraguanischem Boden eine Offensive der sandinistischen Armee gegen die Rebellen an der Grenze zu Honduras. Die Nachricht, die Armee dringe auf honduranisches Gebiet vor, veranlaßte den amerikanischen Präsidenten, zusätzliche 3200 Elitesoldaten „zur Abschreckung“ nach Honduras zu schicken. Kardinal Obando, unter dessen Vermittlertätigkeit die beiden er-

sten Verhandlungsrunden ergebnislos abgebrochen worden waren, erklärte in diesen Tagen mehrfach, er sehe immer weniger Chancen für einen Frieden. Nach den Verhandlungen von Sapoá, an denen er als „Zeuge und Garant“ teilnahm, erkannte er indes beiden Parteien den Willen zu weiteren Friedensverhandlungen zu. Washington zog seine Truppen zurück.

Wenn die sandinistische Regierung wirklich alle ihre Zusagen inhaltlich und fristgerecht einhielte, hätte sie das Esquipulas-Abkommen vorbildlich erfüllt. Mit einem Friedensschluß wäre ihre politische Existenz vorläufig gesichert. Erst mit *freien Wahlen* gingen die Sandinisten das Risiko ein, die Macht zu verlieren. Bis zu Neuwahlen und unter der verfassungsmäßig garantierten Vorherrschaft der sandinistischen Revolution, sprich der sandinistischen Partei, ist allerdings eine mehr als formale Zulassung der Contras und der zivilen Opposition schwer vorstellbar. Eine Gesundung der ruinösen Wirtschaft ebensowenig, solange zum Beispiel die oppositionell gesonnene Unternehmerschaft politisch ohne Einfluß bleibt. Fraglich ist zudem, ob die Exilierten unter diesen Bedingungen überhaupt nach Nicaragua zurückkehren. Welchen zivilen politischen Weg die Contras gehen (falls die Sandinisten ihnen die Möglichkeit dazu lassen), die ja auch erst mit der ausbleibenden Unterstützung durch die USA verhandlungsbereiter wurden, ist ebenfalls nicht vorauszusehen.

El Salvador: die politische Mitte zerrieben

Anders als in Nicaragua sieht sich in El Salvador keine der Bürgerkriegsparteien zu Konzessionen gedrängt oder gar gezwungen. Die unterschiedlichen ideologischen Grundpositionen sind nach Esquipulas unverändert geblieben, die politischen und militärischen Machtverhältnisse weitgehend auch. Die christdemokratische Regierung Duarte hat eine *Amnestie für politische Gefangene* erlassen, von der Rechtsextremisten wie Guerilleros betroffen waren; ohne diese „Gleichbehandlung“ wäre die Amnestie wohl politisch nicht durchsetzbar gewesen. Die US-Regierung mißbilligte die Maßnahme, weil unter den Freigelassenen auch die Mörder der fünf amerikanischen Ordensfrauen waren. Gerüchte kursierten, die Regierung Reagan habe daraufhin Zahlungen an El Salvador gekürzt.

Duarte hat sich auch prinzipiell zu Verhandlungen mit der Guerilla bereit erklärt. Die Kontakte scheiterten jedoch in einem frühen Stadium trotz der diskreten und unermüdlichen Vermittlung der katholischen Kirche des Landes. Die Taktik der Guerilla scheint darin zu bestehen, die *Bedingungen* für die Aufnahme von Waffenstillstandsverhandlungen so hoch zu schrauben, daß sie für die Regierung und erst recht für die Armee von vorneherein unannehmbar erscheinen, was wiederum die Regierung ernsthafter Verhandlungsbemühungen und Konzessionen enthebt.

Duarte von den Vereinigten Staaten gestützte *Doppelstrategie* der Schwächung der Guerilla mit militärischen Mitteln (einschließlich Bombardement) und gleichzeitiger demonstrativer Verhandlungsbereitschaft unter Bedingungen allerdings, die ihm die Armee diktiert, war bisher wenig erfolgreich. Politische Beobachter auch aus dem kirchlichen Bereich meinen, daß Duarte mit dieser Strategie gar nicht erfolgreich sein kann.

Seine von der Armee, der politischen Rechten und den USA eingeschränkte Machtbasis ist seit der Amtsübernahme im Juni 1984 immer schmaler geworden. Die Abhängigkeit seiner Regierung von den USA, die das Land mit fast zwei Millionen Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe täglich über Wasser halten, kostet dem Christdemokraten nicht nur bei den Guerilla-Organisationen FDR-FMLN, sondern auch unter der nationalistisch gesonnenen Bevölkerung Ansehen. Die Unterstützung der Oligarchie und der Unternehmerschaft fehlte Duarte von Anfang an, dies verhinderte selbst maßvolle Reformpläne etwa im Agrarbereich. Die Armee schließlich mißtraut einem Präsidenten, der Menschenrechtsverletzungen auch in ihren Reihen zu ahnden verspricht und halbherzig zwischen militärischen Kraftakten und Verhandlungsangeboten schwankt. Seit einiger Zeit sind die paramilitärischen Kommandos und Todesschwadronen wieder aktiv – ein weiteres Zeichen dafür, daß der Präsident den Gegenkräften selbst dort unterlegen ist, wo der internationale Ruf seiner christdemokratischen Regierung auf dem Spiel steht. Die katholische Kirche klagte, die letzten Monate erinnerten an die Zustände des Landes im Jahr 1980, als Mord und Totschlag zum Tagesgeschehen gehörten.

Bei den *Parlaments- und Kommunalwahlen am 21. März* erlitten die regierenden Christdemokraten eine in diesem Ausmaß unerwartete Niederlage. Ein Jahr vor dem Ende seiner Amtsperiode verlor Duarte Partei die Mehrheit im Parlament. Die rechtsextreme Arena-Partei gewann mit 31 von 60 Sitzen die absolute Mehrheit; die Christdemokraten sind nur noch mit 22 Abgeordneten im Parlament vertreten. Bei den Kommunalwahlen siegte die Arena nicht nur in den wichtigsten Städten San Salvador, Santa Ana und San Miguel, sondern insgesamt in mehr als Zweidrittel der Gemeinden. Die linken, mit der Guerilla kooperierenden Parteien stellten sich wiederum erst gar nicht den Wahlen; die Teilnahme wäre unter den derzeitigen Verhältnissen für die Kandidaten lebensgefährlich geworden.

Den Wahlen war ein Wahlkampf zwischen Christdemokraten und der Arena vorausgegangen, der als Schlamm-schlacht bezeichnet wurde. So zieht Duarte den Arena-Parteiführer *Roberto D'Aubuisson* der Anstiftung zum Mord an Erzbischof *Oscar Romero*. Die Arena brachte den Duarte-Sohn Alejandro, der für das Amt des Bürgermeisters von San Salvador kandidierte, gezielt mit Korruptionsskandalen in Verbindung. Der Wahlsieger D'Aubuisson tritt wie erwartet für ein schärferes militärisches Vorgehen gegen die Guerilla ein. Er hat die Unterstüt-

zung des Generalstabs der von den USA finanzierten Armee, kritisiert jedoch heftig die Abhängigkeit der amtierenden Regierung von den USA.

Es ist vorzusehen, daß unter solch erschwerten Bedingungen die Regierung Duarte noch weniger handlungsfähig sein wird. Daß unter diesen Voraussetzungen Friedensverhandlungen stattfinden oder gar zu einem erfolgreichen Ende geführt werden können, scheint mehr als zweifelhaft. Trotzdem versucht die katholische Kirche weiterhin, die Tür für neue Gespräche zwischen den Bürgerkriegsparteien offenzuhalten. Die Guerilla macht ihrerseits weiterhin Waffenstillstandsverhandlungen von Zusagen über eine Regierungsbeteiligung ohne vorherige Wahlen abhängig. – Dem Bürgerkrieg in El Salvador sind seit 1980 mehr als 60 000 Menschen zum Opfer gefallen.

Die Lage in Guatemala und Honduras

In *Guatemala* stagniert der Friedensprozeß. Die in den Bergen operierenden kleineren Guerilla-Verbände werden von der Armee zum Teil aus der Luft bekämpft; die Bombardierungen halten die indianische Bevölkerung in Angst und Schrecken. Weniger noch als Duarte in El Salvador kann der christdemokratische Präsident *Vinicio Cerezo* auch nach zwei Jahren demokratischer ziviler Regierung ohne oder gar gegen die Armee regieren.

Die Regierung von Präsident *José Azcona* in *Honduras* befindet sich derzeit in einer prekären Lage. Das ärmste Land Mittelamerikas ist einerseits auf die Wirtschaftshilfe der USA angewiesen und hat im Gegenzug dem Ausbau amerikanischer Militärbasen und der Stationierung der nicaraguanischen Rebellen auf seinem Territorium zugestimmt. Während der Grenzgefechte im März rief die honduranische Regierung wunschgemäß und bereits zum zweitenmal die USA gegen den hochgerüsteten Nachbar Nicaragua zu Hilfe (peinlicherweise gab Washington den Hilferuf aus Tegucigalpa bekannt, bevor er getätigt wurde). Diesmal wurden jedoch unter der Bevölkerung wie bei den Politikern und sogar einigen Militärs Zweifel an der „nicaraguanischen Invasion“ und Unmut über die vorübergehend verstärkte Präsenz der US-Einheiten laut. In der honduranischen Armee scheint es zudem Verbitterung darüber zu geben, daß die USA ihr Land zwar als Operationsbasis betrachten, die Militärhilfe aber von 81 Millionen Dollar (bis 1986) für das laufende Jahr auf 40 Millionen gekürzt haben.

Präsident Azcona, der seinerseits die Friedensbereitschaft der Sandinisten in Zweifel zieht und sich den Verpflichtungen von Esquipulas mit dem Argument zu entziehen versucht, in seinem Land gebe es schließlich keinen Bürgerkrieg, verstößt indes eindeutig gegen das von ihm unterzeichnete Friedensabkommen. Darin hatten sich die fünf Länder verpflichtet, keine Gruppen zu unterstützen, die in anderen Staaten der Region Unruhe stiften oder deren Regierung stürzen wollen. Mit dem endgültigen Rückzug der antisandinistischen Rebellen

auf nicaraguanisches Gebiet würde sich dieser Punkt des Abkommens ohne Zutun der honduranischen Regierung erfüllen.

Die *Rolle der USA in Mittelamerika* ist nach den Abkommen von Esquipulas und Sapoa, die ohne ihr Zutun und ohne ihre Billigung zustande kamen, *geschwächt*. Über die verbale Absichtserklärung „wir wollen unsere Probleme ohne Einmischung von außen lösen“ hinaus haben die mittelamerikanischen Staaten gezeigt, daß sie es – ansatzweise – auch können. Keine Regierung der Region bejaht mehr uneingeschränkt die Mittelamerikapolitik des amerikanischen Präsidenten. Vor allem Präsident Duarte in El Salvador mußte schmerzhaft erfahren, daß ein „low intensity“-Krieg, wie ihn die USA mit ihrer Militärhilfe ermöglichen, die Leiden der Bevölkerung ohne absehbares Ende verlängert und seine Regierung um die Glaubwürdigkeit gebracht hat. Daß der amerikanische Kongreß dem Präsidenten Anfang Februar keine neuen Mittel zur Unterstützung der antisandinistischen Rebellen bewilligte, traf die Mittelamerikapolitik Reagans in ihrem Kern.

Das amerikanische Argument, die sandinistische Regierung hätte niemals dem Abkommen zugestimmt, wenn die USA das Regime nicht militärisch (über die Contrahilfe) und wirtschaftlich so unter Druck gesetzt und geschwächt hätten, mag zutreffen. Aus mittelamerikanischer Sicht muß man allerdings hinzufügen, daß die USA den Preis in Dollars bezahlt haben, die Nicaraguaner mit Krieg, Not und Tod.

Der neue Spannungsherd Panama

Seit Mitte vergangenen Jahres sind die Vereinigten Staaten indes zunehmend mit einem neuen Spannungsherd auf der mittelamerikanischen Landenge befaßt, der außer der geographischen Nähe und der daraus folgenden US-amerikanischen Interessenspolitik wenig mit den

Bürgerkriegsunruhen in Mittelamerika zu tun hat. Panama gehört historisch zum südamerikanischen Raum, es war bis 1903 Teil Kolumbiens und ist als Staat ein Geschöpf der USA, die mit Kolumbien wegen des geplanten Kanals handelseinig wurden und das Departement Panama zur Unabhängigkeitserklärung bewogen.

Das junge Land ist wie die mittelamerikanischen Staaten von der interventionistischen Big-stick-Politik der USA geprägt. Der Panama-Kanal als hochrangige Interessenssphäre der Vereinigten Staaten spielt auch in dem Konflikt um den Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General *Noriega*, eine Rolle. 1977 schloß Panama mit den USA neue Kanalverträge ab, nach denen die Kanalzone bis zum Jahr 2000 schrittweise in die Souveränität Panamas zurückkehrt.

Noriega, früher ein enger Verbündeter der USA, schürte nationalistische Gefühle in der Bevölkerung, indem er öffentlich Zweifel daran äußerte, daß die Vereinigten Staaten den Vertrag einhalten und die Kanalzone räumen. Das brachte die amerikanische Regierung gegen ihn auf. Anschuldigungen eines panamaischen Obersten gegen Noriega führten im Juni zu Straßentumulten, die sich zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen auswuchsen.

Im Februar dieses Jahres setzte Präsident *Eric Delvalle* Noriega ab, daraufhin ernannte das Parlament *Manuel Solís Palma* zum neuen rechtmäßigen Präsidenten. Die USA ergriffen Boykottmaßnahmen und schickten Anfang April 1300 Soldaten in die Kanalzone. Die Vermittlung des Erzbischofs von Panama-City, *Marcos Gregorio McGrath*, scheiterte an der Weigerung Noriegas und „seiner Regierung“, über seinen Rücktritt zu verhandeln. Inzwischen haben die amerikanischen Sanktionen gegen den empfindlichen Banksektor den Staat zahlungsunfähig gemacht; Beamte und Lehrer protestieren, weil ihnen im Gegensatz zu den Militärs kein Gehalt gezahlt wird. Die katholische Kirche hat begonnen, Lebensmittel unter der darbenenden Bevölkerung zu verteilen.

Gabriele Burchardt

„Das Anwachsen der Katholiken überwältigt uns manchmal“

Ein Gespräch mit Kardinal Stephen Kim über die Lage der Kirche in Korea

Nirgendwo in Asien wächst die katholische Kirche schneller als in Südkorea. Die Zahl der Katholiken hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt inzwischen 5 Prozent. Zwischen 20 und 25 Prozent der koreanischen Bevölkerung gehören protestantischen Kirchen und Gemeinschaften an. Während eines Aufenthalts in Korea konnte unser Mitarbeiter Georg Evers ein Gespräch mit dem Erzbischof von Seoul, Kardinal Stephen Kim, führen.

HK: Herr Kardinal, beim Blick auf die gegenwärtige Situation der Kirche in Korea haben Sie einmal gesagt, daß das quantitative Wachstum der katholischen Kirche in Korea sicher beeindruckend sei und eine Gnade Gottes darstelle, daß aber andererseits das geistige Wachstum, die religiöse Reife nicht in gleicher Weise schritthalte und sich hier eine Diskrepanz zeige.

Kim: Das würde ich auch heute noch sagen. Das zahlen-